



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

\*: Die Weltlage am Jahresanfang

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Weltlage am Jahresanfang

**A**m Jahresanfang geizt sich schon im bürgerlichen Leben ein Rückblick und ein Vorblick, geschweige denn in den großen Beziehungen der Völker. Überraschende, grundstürzende Wendungen hat das abgelaufne Jahr 1901 nicht gebracht, aber die Entwicklung ist doch nach einer bestimmten Richtung hin weiter vorgeschritten. Die Kämpfe in China sind im Sinne der fremden Mächte beendet worden, aber der südafrikanische Krieg dauert immer noch fort, endlos, ergebnislos, ja im Grunde zwecklos. Denn das Land, um dessen Besitz er geführt wird, ist heute schon auf ein Menschenalter hinaus ruiniert, und das unglückliche Heldenvolk, das er unterwerfen soll, das scheint zur einen Hälfte dem Untergange geweiht, dank der brutalen oder unfähigen englischen Kriegsführung und Verwaltung, die nicht einmal davor zurückschreckt oder wenigstens nicht verhindern kann, daß die gefangenen Weiber und Kinder in den berüchtigten „Konzentrationslagern“ zu Tausenden hinsterven, also die Zukunft der kleinen Nation vernichtet wird; in der andern, der noch verzweifelt fechtenden Hälfte aber, die wenigstens in starken Nesten den Krieg überleben wird, ist ein so unverföhnlicher Haß gegen alles, was englisch heißt, erwachsen, daß er jede innerliche Annäherung der beiden europäischen Rassen in Südafrika für absehbare Zeiten unmöglich macht. Gegen diese Kriegsführung, nicht nur gegen die englische Eroberungspolitik, die England selbst am tiefsten schädigt, weil sie, abgesehen von den ungeheuern Opfern an Geld und Blut für ein auch auf friedlichem Wege sicher, obgleich langsamer erreichbares Ziel, nämlich für die Vorherrschaft des englischen Elements und der englischen Kultur in Südafrika, auch den militärischen Ruf, das „Prestige“ Großbritanniens tief erschüttert hat, richtet sich in unerhörter Einmütigkeit die einfach menschliche Empfindung der gesamten zivilisierten Welt, nicht das politische Interesse. Das verkennt man jenseits des Kanals gründlich, wenn man sich über den „allgemeinen Haß“ gegen England beklagt. Dieser Haß gilt gar nicht dem englischen Volke, sondern der Politik und der Kriegsführung, die es sich selbst, im Widerspruch mit seinen eignen besten und größten Überlieferungen, gefallen läßt.

Aber auf der andern Seite verkennt man die Lage, wenn man ein Einschreiten der neutralen Mächte verlangt oder auch nur für möglich hält. Oft genug

wird die Frage aufgeworfen: „Warum erklären denn die Großmächte nicht gemeinschaftlich in London, daß sie diesen erbarmungslosen Krieg nicht länger mit ansehen können und seine schleunige Beendigung verlangen?“ Oder man fordert wenigstens als Pflicht der Neutralität ein Waffen- und Pferdeausfuhrverbot, da ein solches den Engländern die Mittel zur Fortsetzung des Kriegs arg beschneiden und den Frieden herbeiführen würde. Ein derartiges Verbot wäre aber eine direkte Feindseligkeit gegen England, weil es nur dieses treffen würde, nicht auch die Buren, die weder Pferde noch Waffen aus Europa beziehen, und hinter einer Vermittlung, die nicht von beiden streitenden Teilen gewünscht oder wenigstens zugelassen wird, muß der feste Entschluß stehn, mit den Waffen einzugreifen, wenn sie abgelehnt wird, sonst endet die Intervention mit einer Blamage und mit einer diplomatischen Spannung ohne jeden Nutzen; und greifen die vermittelnden Mächte wirklich zu den Waffen, dann beginnen sie einen größern Krieg, um einen kleinen zu beendigen. Die vermittelnde Stellung, die Oesterreich während des Krimkriegs zwischen den Westmächten und Rußland einnahm, befriedigte diese nicht, beleidigte aber Rußland aufs schwerste, schwerer vielleicht, als wenn Oesterreich sich einfach auf die Seite des Feindes gestellt hätte, und bezeichnete den Anfang eines Weges, an dem die Stationen Solferino und Königgrätz lagen. Die bewaffnete Vermittlung Preußens im Kriege von 1805, die ihm eine beherrschende Stellung in Europa hätte geben können, führte geradeswegs nach Sena, weil zwar die Mittel zum bewaffneten Einschreiten vollauf bereit standen, aber der Entschluß fehlte, sie zur Durchführung der gestellten Forderungen anzuwenden. Die sehr ähnliche Haltung Preußens 1790 half zwar der angegriffnen Türkei nicht viel, legte aber den Grund zu dem tiefen Mißtrauen Oesterreichs, das den später gegen Frankreich verbündeten Mächten den Erfolg des ersten Koalitionskriegs verdorben hat. Vestigia terrent! Ist wirklich, auch wenn alle europäischen Großmächte etwa in identischen Noten Vorschläge zur Beendigung des Burenkriegs in Downing Street machten, bei allen auch der feste Entschluß anzunehmen, einem englischen Nein die Kriegserklärung folgen zu lassen? Das wird doch niemand behaupten wollen. Man erzählt sich im Auslande, z. B. in Rußland, zu einem derartigen Einvernehmen der Mächte fehle nur noch die Zustimmung des Deutschen Kaisers. Diese Ansicht ist mindestens naiv, und auch wenn sie richtig wäre, dann würde unser Kaiser wohl seinen Grund haben, sich von einer so freundschaftlichen Demonstration auszuschließen, denn alsbald würde es wieder heißen: *The Germans to the front!* und wir würden hinter uns niemand finden. Wir haben 1896 nicht vergessen und danken für ähnliche Erfahrungen. Vestigia terrent!

Also ist nicht zu helfen? Nein, in der Weise, wie sich das der selbständige deutsche Bürger gern vorstellt, ist den Buren nicht zu helfen; wir können den Einsatz eines solchen Spiels, er mag nun Blamage, Verfeindung mit England oder Krieg heißen, nicht riskieren. Die Buren haben den ihnen freilich aufgezwungenen Krieg in einem unglücklichen Momente begonnen und müssen die Folgen tragen. Man mag das eine Schande des zwanzigsten Jahrhunderts, einen dunkeln Flecken auf unsrer so hoch gepriesenen Zivilisation nennen, aber

eine Besserung dieses in der That beschämenden Zustands unsers sogenannten Völkerrechts, der uns zwingt, der Erwürgung eines kleinen, tüchtigen Volks durch ein Weltreich mit gekreuzten Armen zuzusehen, kann erst von der Zukunft gehofft werden. Natürlich nicht von den Beschlüssen irgendwelcher Friedensfreunde, die regelmäßig Deutschland als den bösen Störenfried der europäischen Idylle anklagen, weil es den gutmütigen eleganten Franzosen mit plumpen Fäusten Elsaß-Lothringen abgenommen hat, auch nicht von dem feierlichen Possenspiel eines Haager Friedenskongresses und dem Haager Schiedsgericht, sondern allein von der Steigerung des sittlichen Verantwortlichkeitsgefühls der Völker und von einem wirklichen Gleichgewicht der Weltmächte.

Ein langer Weg, dessen Ende vielleicht erst der Schluß des zwanzigsten Jahrhunderts sehen wird! Denn in der That, von jenem ersten Ziele sind wir weiter entfernt als je, seitdem die große Politik parlamentarisch regierter Länder so oft nicht etwa, wie die der alten absoluten Monarchien von dynastischen Interessen — diese Schwäche liegt hinter uns —, sondern von der Börse, von „Trusts“ und „Ringern“ zu Nutz und Frommen einiger Milliarden gemacht wird, die über so abgestandne Begriffe wie Freiheit, Vaterlandsliebe, Ehre und dergleichen längst mitleidig lächelnd zur Tagesordnung, zum Money making übergegangen sind. Die politische Sittlichkeit solcher Länder steht ungefähr da, wo in den letzten beiden Jahrhunderten die der römischen Republik stand, als die römische Nobilität mit den Bankiers zusammen unterthänige Länder in Provinzen verwandelte, um sie auszubeuten, und blühende Handelsstädte zerstörte, um Konkurrenten zu vernichten; nur hatten die Römer wenigstens den Vorzug vor dem modernen „Imperialismus“, daß sie nicht mit Humanitäts- und Freiheitsphrasen um sich warfen. Wenn nicht die wirklich noch monarchisch regierten Länder diese brutale Kapitalistenpolitik einigermaßen im Zaume hielten, so würde sich die heutige Staaten-gesellschaft bald in eine Horde von Raubtieren auflösen. Die *Auri sacra fames* ist eben die schlimmste aller menschlichen Leidenschaften.

Also auf die Hebung der politischen Sittlichkeit im Völkerverkehr aus den Völkern heraus setzen wir geringe Hoffnung. Einem Raubtier tritt man mit scharfem Eisen entgegen, nicht mit humanitären Reden. Darum ist die Erreichung jenes Ziels eher davon zu erwarten, daß sich allmählich ein Gleichgewicht der Weltmächte entwickelt, das jede Macht in gewissen Schranken hält, also den Zustand beseitigt, daß sich der Starke alles, der Schwache nichts erlauben darf. Auf dem Festlande von Europa ist das längst nicht mehr möglich, sobald es sich um internationale Beziehungen handelt. Gesezt, Deutschland wollte sich etwa die Schweiz unterwerfen, so würden ihm seine Nachbarn sofort in den Arm fallen, nicht nur deshalb, weil die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert ist. Schon als 1857 Friedrich Wilhelm IV. mit der revolutionären Regierung seines Fürstentums Neuenburg und dadurch mit der Eidgenossenschaft in Konflikt geriet, weil diese Regierung einen royalistisch-aristokratischen Reaktionsversuch niedergeschlagen hatte und die gefangnen Royalisten als Hochverräter behandeln wollte, trat Napoleon III. mit gebieterrischer Vermittlung dazwischen, und der König verzichtete ganz auf Neuenburg.

Das war möglich, weil Preußen den Waffen seiner Nachbarn nicht gewachsen war. In Südafrika ist etwas ähnliches, wie die Eroberung der Schweiz für uns wäre, die Eroberung der Burenrepubliken, für England möglich, nicht weil es das bessere Recht hätte, sondern weil es die See beherrscht und für die Waffen seiner Nachbarn unerreichbar ist. So lange diese Übermacht ungeschwächt besteht, so lange wird in den überseeischen Verhältnissen die jetzige Barbarei des Völkerrechts bestehen.

Aber diese Übermacht ist allerdings im Rückgange. Der Anteil Englands am Welthandel ist freilich immer noch größer, als der aller andern Völker zusammengenommen, aber prozentual nimmt er ab, und der Anteil der andern steigt rasch, und Deutschland ist heute, wenn auch noch in weitem Abstände von England, die zweite Handelsmacht. Die englische Kriegsflotte ist noch heute jeder Koalition gewachsen, und sie wird und kann es bleiben, soweit die Zahl der Schiffe in Frage kommt; aber woher sie zuletzt, da England keine allgemeine Wehrpflicht kennt, die Bemannung nehmen soll, das weiß man dort wohl selbst nicht, und die Flotten der andern Mächte wachsen ebenfalls unaufhaltsam. Nur im Entschluß der Nordamerikaner liegt es, eine Kriegsflotte zu schaffen, die gegenüber der englischen die See halten kann; die französische steht längst an der zweiten Stelle, die deutsche, italienische, russische, japanische Marine kommen rasch in die Höhe, und an Bemannung kann es ihnen allen niemals fehlen, denn alle diese Länder haben längst die allgemeine Wehrpflicht. Vor vierzig oder fünfzig Jahren gab es von allen diesen Flotten zweiten Ranges nur die russische, und diese mußte sich während des Krimkriegs vor der englisch-französischen Übermacht unthätig in ihre Häfen einschließen oder zerstört werden. Kurz, heute besteht zwar noch die englische Übermacht zur See, aber keineswegs mehr die englische Alleinherrschaft. England beherrscht nach wie vor durch seine Kolonien und Besitzungen alle Seewege, und wenn englische Blätter gelegentlich spöttisch hervorhoben, die deutschen Truppen und Schiffe hätten ohne die Benutzung englischer Häfen gar nicht nach China gelangen können, so war diese Bemerkung für uns nicht angenehm zu hören, aber richtig. Es ist so; die Engländer könnten uns in jedem beliebigen Augenblicke, wenn sie uns etwa Gibraltar, den Suezkanal, Aden, Colombo, Singapur sperren, von unsern Truppen in China und unsern Kolonien gemächlich abschneiden. Auch ist das englische Element durch erfolgreiche Kolonisation in Kanada, Südafrika, Australien auf dem Boden dreier Kontinente so festgewurzelt, daß es als weltbeherrschende Kulturmacht gar nicht mehr erschüttert werden kann, nicht einmal in dem Falle, daß die Kolonien sich von England politisch ablösen sollten, und nichts liegt heute ferner, als eine solche Möglichkeit, da im Gegenteil das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande heute stärker ist als je. Aber ob das militärisch für England viel zu bedeuten haben würde, ist doch sehr die Frage; im Falle eines großen allgemeinen Kriegs würden die englischen Koloniallande mit ihrer dünnen Bevölkerung und ihrer völlig unzureichenden Wehrverfassung den Schutz des Mutterlands in einem Grade brauchen, daß die englische See- und Landmacht über alle Meere zerplittert werden müßte, sie würden die Widerstandskraft

Englands also eher schwächen als stärken, ganz abgesehen noch von Indien, das keine Kolonie ist, sondern eine Besitzung und zu seiner Verteidigung den besten Teil des englischen Heeres verlangen würde.

In der Richtung auf eine Abschwächung der britischen Übermacht hin hat sich auch die politische Entwicklung des abgelaufenen Jahres bewegt. Der Krieg in Südafrika, der dort Englands paramount power begründen soll, wird dieses Ziel vielleicht erreichen, aber er hat England in dem Maße gelähmt, daß es auf allen andern Schauplätzen der überseeischen Politik im Zurückweichen ist. Die Position der Vereinigten Staaten auf den Antillen und auf den Philippinen ist unangreifbar geworden; sie beherrschen damit alle Zugänge zum mexikanischen Golf, also zu Mittelamerika, und nehmen eine dominierende Stellung im Großen Ozean ein, sie werden auch den interozeanischen Kanal, sei es durch Nicaragua oder bei Panama, wirklich bauen, also ihre Aktionsfähigkeit geradezu verdoppeln. Diesem raschen Vordringen gegenüber ist England ohnmächtig, schon weil es bei jedem Konflikt mit der Union für Kanada fürchten muß, das es gegen sie nicht behaupten könnte. „Amerika den Amerikanern!“ In Asien steht es kaum besser. Im nördlichen China hat England die Festsetzung der Russen ruhig hinnehmen, für Südchina den Grundsatz der offenen Thüren annehmen müssen, statt es ausschließlich in seine Interessensphäre zu verwandeln, es kann Deutschlands Ausbreitung in Schantung nicht hindern, und die sibirische Bahn ist so gut wie fertig. Sie mag für den Welthandel noch geringe Bedeutung haben, aber sie sichert den Russen eine schnelle Verbindung mit dem äußersten Osten und erlaubt ihnen, dort jede beliebige Truppenzahl zu versammeln, ohne daß England das stören könnte oder auch nur zu erfahren brauchte. Kurz, mit dem englischen Übergewicht in Ostasien ist es augenscheinlich vorüber. In Erwägung solcher Möglichkeiten scheint Japan Neigung zu haben, sich mit Rußland direkt zu verständigen, da es von England nicht mehr viel zu erwarten, von Rußland sehr viel zu fürchten hat; denn umsonst ist der frühere Minister Marquis Ito nicht soeben in Paris, Petersburg und Berlin gewesen. China selbst aber scheint sich nach der schweren Krisis, in die es von der reaktionären Partei gestürzt worden war, den fremden Kultureinflüssen weiter öffnen zu wollen, und es könnte, falls es sich namentlich militärisch kräftigte, was es doch nur zu wollen braucht, ein selbständiger Faktor werden, mit dem man rechnen müßte. Den Russen in Zentralasien in den Weg zu treten, darauf hat England längst verzichtet, und eben beginnt dort Rußland den Bau der großen Eisenbahn von Orenburg nach Taschkend, die ihm dereinst ermöglichen wird, binnen wenig Tagen aus dem Mittelpunkt des Reichs Truppen bis an die Grenze Afghanistans und Persiens zu werfen, ein Seitenstück zur sibirischen Bahn. Ebenso weicht in Persien der britische Einfluß vor dem russischen rasch zurück, und die Eisenbahnen dort wird Rußland bauen, auch die bis zum Persischen Golf.

Somit beginnt sich in Asien schon heute eine Art Gleichgewicht der Weltmächte auszubilden, wie es in Afrika der Gebietsverteilung nach schon vorhanden ist, seitdem sich Deutschland im Westen und im Osten festgesetzt, Frankreich sich die größere Westhälfte Nordafrikas gesichert hat, und der Kongostaat besteht,

nur daß alle diese Mächte auf die Seeverbindung angewiesen sind, die England leicht sperren kann. Den Süden Asiens beherrschen England und Frankreich, von Norden her reicht Rußlands Hand bis weit in die Mitte, dazwischen ringen in China noch die fremden Mächte miteinander; die Philippinen sind amerikanisch, und nur ein asiatisches Volk ist noch wirklich eine selbständige Macht, nämlich Japan, weil es sich rechtzeitig bis zu einem gewissen Grade europäisiert hat. Wir können gar nicht wünschen, daß Rußland ganz Asien bewältige, etwa bis Indien vordringe; an der Spitze dieser ungezählten Millionen streitbarer Völker wäre es unwiderstehlicher als Dschingis-Khan und würde jedenfalls dem Handel der europäischen Mächte einfach die Türen zuschlagen. Wir müssen im Gegenteil wünschen, daß die Herrschaft über Asien geteilt bleibt, und daß China einigermaßen widerstandsfähig werde, denn sonst wird es doch schließlich zum verhängnisvollen Zankapfel, der den Weltkrieg entzünden könnte.

Hinter diesen schweren Problemen ist die alte orientalische Frage, die Zukunft der Türkei, jetzt sehr zurückgetreten. Aber auch am Bosphorus ist der alte herrschende Einfluß Englands offenbar verloren. Die Hohe Pforte hofft von ihm nichts mehr und fürchtet Rußland, mit dessen stillschweigender Unterstützung Frankreich soeben eine Reihe von Konzessionen erzwungen hat, sie sieht ihren besten Freund in Deutschland, hat deshalb die deutschanatolischen Bahnen ruhig bauen lassen, die Bagdadbahn deutschen Unternehmern konzessioniert und deutsche Ingenieure herbeigerufen, um die neue große Linie Damaskus-Mekka zu planen, die, wenn sie wirklich gebaut wird, doch nicht nur Pilger befördern soll, und dem englisch gewordenen Ägypten in unbequeme Nähe rückt. Jedenfalls tritt Deutschland als Mitbewerber um die Zukunft des „nahen Orients“ auf, es hat jetzt ganz direkte Interessen an den Mittelmeerländern und wird sich nicht wieder beiseite schieben lassen.

Nur durch das Gleichgewicht, worin die europäischen Großmächte einander halten, ist der Fortbestand des türkischen Reichs verbürgt, sind schwere Katastrophen bisher abgewandt worden, wie in China durch das Gleichgewicht der Weltmächte. Man hat viel über die Unvollkommenheiten und die Hemmungen dieses Einvernehmens gespottet; sehr mit Unrecht, denn es war doch etwas höchst Merkwürdiges, wie hier acht Mächte aus drei Weltteilen zu einem Ziele zusammenwirkten und dabei mit Ausnahme Rußlands, das jedoch schon vor dem Beginn der Wirren in Nordchina stand, auf Sondervorteile verzichteten, nur weil sie jeden kriegerischen Zusammenstoß vermeiden, den Frieden untereinander erhalten wollten. Darin darf man einen praktischen Erfolg in der Bervollkommnung des Völkerrechts erkennen, der sehr viel schwerer wiegt, als ein Duzend Kongresse der Friedensgesellschaften und Haager Friedenskonferenzen. Und sehr charakteristisch ist dabei wieder die aristokratische Gestaltung der modernen Staatengesellschaft hervorgetreten. Von einer Teilnahme der Staaten zweiten und dritten Rangs an den Verhandlungen und Kämpfen war dabei gar keine Rede, sie mochten mit ihren Interessen in China beteiligt sein, oder nicht; Belgien, das seine allerdings sehr überflüssige Hilfe anbot, wurde sogar einfach zurückgewiesen, die Großmächte allein nahmen die Sache in die Hand und führten sie durch. Aber dabei traten zum erstenmal Japan und

Nordamerika mit in ihre Reihe, und unter den acht Mächten selbst zeigte sich eine sehr auffallende Gliederung, nämlich in die beiden Gruppen der Weltmächte, deren Besitz in fremde Erdteile reicht, und der Großmächte, die nahezu oder ganz auf den heimischen Erdteil beschränkt sind. Zu der ersten gehören England, Rußland, Frankreich, Deutschland und Nordamerika, zur zweiten Österreich, Italien und Japan. Nur jene traten mit beträchtlichen Streitkräften auf, von diesen nur Japan, weil es am nächsten lag.

Den Schlußstein des europäischen Gleichgewichts und damit des werdenden Weltgleichgewichts bildet Deutschland, dessen Geltung durch den Dreibund verstärkt wird. Kein Wunder, daß wir von Feinden umlauert sind. Wir stehen jetzt ähnlich als Weltmacht wie das junge Deutsche Reich nach 1871 als europäische Macht, wie Preußen als die jüngste Großmacht nach den beiden ersten schlesischen Kriegen. Der Satz Heinrich von Treitschkes aus den siebziger Jahren: „Man fürchtet und haßt uns, aber man liebt uns durchaus nicht,“ gilt heute wieder, vielleicht in verstärktem Maße; es wäre Leichtsinns, sich darüber zu täuschen. Trotz aller Friedensneigung des französischen Volks sind dort die Revanchegelüste noch keineswegs erloschen, in Rußland verdenkt man es uns, daß wir nicht einfach im russischen Schlepptau fahren, sondern unsern eignen Kurs steuern wollen, und in gewissen Kreisen sieht man dort in uns gar die Vormacht der gehäßten — und doch so unentbehrlichen — westlichen Kultur; in England endlich will man den deutschen Eindringling in die Weltpolitik nicht dulden, während man Rußland als ebenbürtig anerkennen muß, weil man es fürchtet und ihm nicht beikommen kann, und Frankreich notgedrungen zulassen muß, weil man in ihm den alten gewaltigen Gegner respektiert und wirtschaftlich von ihm nichts zu besorgen hat. Darum nehmen jetzt in der englischen Presse die Erörterungen über eine Verständigung zwischen England und Rußland und die Betrachtungen, wie man etwa den Dreibund auflösen oder seine Erneuerung verhindern könne, einen gewissen Raum ein. Die *National Review* hat in ihrem Dezemberheft ihre frühern Betrachtungen darüber unter dem Titel *Some consequences of an Anglo-Russian understanding* fortgesetzt. Sie führt Österreichs Staatsmännern zu Gemüte, wie sie mit Rußland niemals zu einer Einigung über die Balkanhalbinsel in dem Sinne eines Vordringens bis Saloniki gelangen würden, so lange Österreich der „Trabant“ (satellite) Deutschlands sei, also jedes Wachstum seines Einflusses auch den Einfluß Deutschlands verstärke. Österreich hat deshalb zu wählen „zwischen dem Slawen und dem Deutschen.“ Stützt es sich auf die Slawen, dann ist ein Einvernehmen mit Rußland leicht herzustellen. Leider gehen die Politiker der *National Review* dabei wieder von einer mangelhaften Sachkenntnis aus. Es handelt sich in Österreich gar nicht darum, ob sich die Monarchie auf die Slawen oder auf die Deutschen stützen soll. Der Beweis ist eben erbracht, daß sie weder gegen die einen noch die andern regiert werden kann, daß die Nationalitäten gleichberechtigt sein müssen in der Teilnahme am Staatsleben und in allen andern Beziehungen. Es handelt sich lediglich noch darum, inwieweit das Deutsche die Staatssprache oder, wie man dort lieber hört, die Vermittlungssprache sein soll, die „das

Slawische“ schon deshalb nicht sein kann, weil es in Österreich nicht eine einheitliche slawische Sprache giebt, sondern mindestens vier, die den Slawen anderer Stämme gar nicht verständlich sind, das Polnische, das Tschechische, das Slowenische und das Kroatische, und weil nur das Deutsche eine Kultursprache ist, die, auch abgesehen von dem praktischen Zwecke der Verständigung, zu lernen die Mühe lohnt. Nicht um die längst bestehende Gleichberechtigung der Nationalitäten dreht sich dort der Kampf — das ist die alte Verwechslung —, sondern um die der Sprachen, und dieser ist grundsätzlich längst zu Gunsten des Deutschen entschieden, es handelt sich nur noch um die Abgrenzung seines Geltungsbereichs im einzelnen. Im Wiener Reichsrat kann jeder in seiner heimischen Zunge reden, aber wenn er allgemein verstanden werden will, so spricht er deutsch, und auch dem enrargiertesten Tschechen ist es niemals eingefallen, zu verlangen, daß er außerhalb Böhmens und Mährens mit einer Behörde in seiner Sprache verkehren könne. Wollte aber ein österreichischer Minister seine auswärtige Politik im Sinne der „Slawen“ machen, so könnte er das nur im Sinne der Tschechen oder der Polen, niemals beider zugleich, da sie darüber bekanntlich der entgegengesetzten Meinung sind; die Ungarn aber würden einen solchen Versuch niemals dulden, und sie sind die mächtigste Nation der Doppelmonarchie. Katholisch könnte Österreich allenfalls regiert werden, und ist es regiert worden, niemals aber slawisch, und zu Deutschland steht es nicht als „Vasall.“ sondern weil sein Interesse es so verlangt. Plausibler klingt, was Italien als Preis des Abfalls vom Dreibunde vorgehalten wird, nichts geringeres nämlich als die Ausöhnung mit dem Vatikan, die aber nur dann möglich wäre, wenn ihr Frankreich nicht entgegenarbeite, und darauf würde es nur dann verzichten, wenn Italien nicht mehr „der verhasste Bundesgenosse Deutschlands“ wäre. Ein Versuch dazu, so erzählt der Artikel, sei vor einigen Jahren im Auftrage des Papstes von dem gelehrten Benediktiner Costi gemacht, aber auf die energische Einsprache eines französischen Kardinals sofort aufgegeben worden. Daß die Feindseligkeit des Vatikans eine offene Wunde am Körper des Königreichs Italien ist, das weiß jeder, und welcher verständige Italiener wünschte sie nicht geheilt zu sehen! Aber der Preis, dafür in Abhängigkeit von Frankreich zu geraten, Tunis zu vergessen, die republikanische Partei im Lande selbst zu verstärken und doch auf nationale Lieblingswünsche an der Ostküste der Adria zu Gunsten Österreichs zu verzichten, der dürfte dem Hause Savoyen doch wohl als zu hoch erscheinen.

So ist die Lage Deutschlands nicht viel behaglicher als vor Jahresfrist, wenn auch jetzt wenigstens die chinesischen Wirren beendet sind, und die deutsche Politik muß sehr vorsichtig geführt werden. Wir dürfen namentlich niemals vergessen, daß die Flotte, unser Arm für die Weltpolitik, noch viel zu schwach ist, als daß wir es auf ernste überseeische Konflikte ankommen lassen könnten, und daß die Entwicklung unsers Handels und unsrer Kolonien des Friedens bedarf. Um die Lage noch schwieriger zu machen, stehen soeben der neue Zolltarif und der Abschluß neuer Handelsverträge zur Debatte, und hier verschlingen sich äußere und innere Politik unzertrennlich. Unsrer Industrie hat einen mächtigen Aufschwung genommen, unser Wohlstand hat sich erfreulich gesteigert, unsre großen Städte sind im raschen, oft glänzenden Wachstum begriffen. Aber

diese Wandlung beruht wesentlich auf der Ausfuhr unsrer Industrieprodukte, sie hat also die deutsche Volkswirtschaft in eine größere Abhängigkeit vom Auslande, vom Weltmarkte gebracht als jemals vorher, und sie doch weder vor plötzlichen empfindlichen Rückschlägen, wie soeben einer eingetreten ist, geschützt, noch vor den Folgen fremder Zollpolitik, die von uns ganz unabhängig ist und uns lohnende Absatzmärkte schließen kann, wie sich denn der neue Präsident der Union, Theodor Roosevelt, eben jetzt für eine schroff hochschutzzöllnerische Politik erklärt hat; sie hat die großen Städte so überfüllt, daß diese heute über nichts mehr setzen, als über die immer schwerer drückende Schul- und Armenlast, sie hat das platte Land entvölkert, die Leute in die städtischen Fabriken und Kontore gezogen, sie an städtische sogenannte Genüsse (das heißt wesentlich Kneipen und Tingeltangel) und Bequemlichkeiten gewöhnt, für die Landarbeit unbrauchbar gemacht und wirft sie dann bei jeder Geschäftsstockung scharenweise als „Arbeitslose“ auf die Straße, für die dann die Stadt sorgen mag. Die Lücken, die diese Abwanderungen vom platten Lande dort gelassen haben, müssen bis tief nach dem Westen hinein durch wandernde Arbeiterscharen fremden, meist polnischen Stammes ersetzt werden, und sogar Eisenbahn- und Straßenbauten können wir ohne Italiener kaum mehr durchführen. Überfüllt ist Deutschland dank des industriellen Aufschwungs noch gar nicht, nur die größeren Städte und einzelne industriell besonders entwickelte Landesteile sind es, unsre Landwirtschaft aber ist dadurch auf dem Standpunkt angelangt, daß sie ohne fremde Kulis nicht mehr auskommt. Ist das ein erfreulicher oder auch nur ein auf die Dauer erträglicher Zustand? Dürfen wir zusehen, daß schließlich auf dem Lande bei uns deutsche Gutsherrn über fremden ab- und zuwandernden Tagelöhnern sitzen, wie etwa die Signori der römischen Campagna, wo doch wenigstens Italiener verwandt werden, oder die deutschen Edelleute der baltischen Provinzen über lettischen und esthnischen Bauern, die aber sesshaft sind? Niemals dürfen wir vergessen — das hat auch Graf Bülow am 3. Dezember im Reichstage mit allem Nachdruck ausgesprochen —, daß die Basis einer gesunden Weltpolitik eine kräftige nationale Heimatpolitik ist, niemals zugeben, daß uns daheim der Boden unter den Füßen entwindet, während wir draußen in der Welt neuen zu erwerben suchen. Nicht so steht deshalb die Frage für den deutschen Staatsmann, ob die Preise der Lebensmittel etwas höher oder etwas niedriger sein sollen, sondern so, ob unsre Volkskraft den heimischen Boden behaupten oder an fremde Zugügler verlieren soll. Deutschland soll weder ein Industrie- noch ein Agrarstaat sein, sondern beides zusammen sein und bleiben.

Selten sind einem großen Volke schwierigere Probleme gestellt worden als heute dem deutschen. Da steigt immer wieder die bange Frage auf: Zeigt es sich den Anforderungen seiner Lage allenthalben bewußt, also ihr gewachsen? Leider hat auch das Jahr 1901 diesen Beweis, daß es das sei, nicht erbracht. In der Entwicklung unsrer Industrie, unsers Welthandels, unsrer Wissenschaft kann man die Frage getrost bejahen, in andern Beziehungen muß man sie verneinen. Alte Sünden unsers Volks sind wieder üppig ins Kraut geschossen. Der rucklose Ständehaß, der einst Adel, Bürger und Bauern in

wütenden Kämpfen zerfleischt, ist nicht nur von der Sozialdemokratie in den „Klassenbewußten Arbeitern“ wieder künstlich gezüchtet worden, sodaß sie dem sogenannten bürgerlichen Staate in abgesagter Feindschaft, dem Vaterlande gleichgiltig gegenüberstehn, sondern er ist auch in dem Streit zwischen Industriellen und Agrariern wieder aufgelebt, der doch nichts weiter ist als der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land, wie ihn kein andres Kulturvolk in dieser Schärfe kennt. Der konfessionelle Zwiespalt, der unsre Vorfahren in den Dreißigjährigen Krieg hineingeheßt hat, den eine mildere Zeit überwunden zu haben schien, den dann der Kulturkampf, obwohl er gar nicht von konfessionellem Standpunkt aus begonnen wurde, in der unheilvollsten Weise erweitert hat, wird von manchen Seiten eifrig geschürt, als ob es darauf ankäme, diese Nation wieder in zwei Teile zu zerreißen, die sich nicht mehr verstehn, trotz aller modernen Bildung und der religiösen Gleichgiltigkeit weiter Kreise. „Glaubt, was ihr wollt, aber vertragt euch wie ihr sollt, um des Vaterlands willen,“ dieser Ruf muß immer wiederholt werden. Endlich wagt sich hier und da, unbeschämt, trotz aller großen nationalen Thaten und Erinnerungen, der nackte Partikularismus wieder hervor, nicht etwa der Dynastien, die national geworden sind, sondern im Volke, dem die nationale Empfindung immer noch nur eine Art Festgewand ist. Das unwürdige Schimpfen über Berlin und Preußen in dem erhebenden Bewußtsein, daß es daheim viel besser sei, steht sogar bei Gebildeten wieder in Blüte; scheint irgend eine heimische Eigentümlichkeit gefährdet, so wird sofort mit „Reichsverdrossenheit“ gedroht, als ob die deutschen Einzelstaaten ohne das Reich überhaupt nur bestehn könnten; jede Ausdehnung der Reichskompetenz, die natürlich im Wachsen ist, so gut wie überall der Staat seinen eignen Machtkreis erweitert, wird, namentlich in Bayern, als eine „Konzeßion“ an „Preußen“ angesehen; ja man scheint dort noch immer als der Weisheit letzten Schluß zu betrachten, möglichst hübsch für sich zu bleiben und sich das Reich möglichst vom Leibe zu halten. Solchem Sondergeist gegenüber muß rund heraus gesagt werden: Wir können und wollen solche künstliche Abschneürungen vom nationalen Körper, die das abgeschneürte Glied selbst allmählich seines Blutes entleeren, nicht mehr dulden, denn durch solche hat Deutschland früher die wertvollsten Glieder, Osterreich, die Schweiz, Holland eingebüßt, und die geistige Gemeinschaft, soweit sie überhaupt besteht, kann die politische nicht ersetzen. Leider hat eine dreißigjährige Erfahrung bewiesen, daß es vergebne Mühe ist, den deutschen Partikularismus durch Konzeßionen zu versöhnen.

Allerdings, nach außen ist das deutsche Gemeingefühl reger; es ist sogar zuweilen überempfindlich, hat zu wenig von dem ruhigen Nationalstolze längst geeinigter Völker und schweift auch wohl über das praktisch Erreichbare unklar und verschwommen weit hinaus. Unsre fortgeschrittensten deutschen Patrioten betrachten ja das jetzige Deutsche Reich, das mühsam erkämpfte, gern als „Eintagsfliege“ und möchten am liebsten Deutsch-Osterreich, die Schweiz, Holland, die baltischen Provinzen so rasch wie möglich wieder „herbeibringen.“ Wird ihnen einmal gesagt: „Erregt doch durch solche unerfüllbare Wünsche nicht ganz unnütz das Mißtrauen unsrer Nachbarn, wir haben doch Feinde genug, Feinde ringsum,“ dann wenden sie sich verächtlich von solcher Feigheit ab und

fühlen sich stark genug, mit aller Welt zu rempeln. Aus solcher Gesinnung fließen wenigstens teilweise auch die Sympathien für die Buren. Wir billigen sie durchaus, allerdings aus andern Gründen, wir haben aber sehr viel gegen die Versuche einzuwenden, nach ihnen unsre auswärtige Politik bestimmen zu wollen oder zu beurteilen. Und doch geschieht das immer wieder. Und was das Schlimmste dabei ist, das Mißtrauen gegen den Kaiser und die Reichsregierung — so dürfen wir jetzt nach dem rühmlichen Vorgange der jüngsten Thronrede König Alberts von Sachsen unbedenklich sagen — wird dadurch fortwährend geradezu planmäßig genährt, als wenn der Kaiser nur aus persönlicher Liebhaberei und verwandtschaftlicher Zuneigung freundschaftliche Beziehungen mit England unterhalte, und als ob eben jetzt nicht alles darauf ankäme, daß Regierung und Volk fest zusammenstehn. Wir geben gern zu, es könnte auch von der andern Seite manches unterlassen werden, was die falsche Vorstellung nährt, und wir hätten z. B. den Schwarzen Adlerorden in diesem Augenblicke lieber nicht auf der Brust von Lord Roberts gesehen; der Vogel hat an dieser Stelle weit mehr böses Blut gemacht, als er wert war. Aber die Hauptsache liegt doch tiefer. In der deutschen Volke lebt — mit Recht oder nicht — eine starke Abneigung gegen ein wenigstens scheinbar persönliches Regiment; man hat es sich von Bismarck gefallen lassen, weil er eben nur Minister war und offen bekämpft werden konnte; man will es dem Kaiser nicht zugestehn, weil es der konstitutionellen Schablone nicht entspricht, und weil er es als Monarch viel nachdrücklicher, widerspruchsloser üben kann als irgend ein Minister. Zwischen der Unfähigkeit der Nation, eine starke persönliche Regierung zu ertragen, ohne fortwährend zu kritteln, zu sticheln und zu nörgeln, und der Unfähigkeit, die große deutsche Politik sachgemäß selbst auch nur zu beurteilen, geschweige denn selbst zu machen, liegt ein unheilvoller Widerspruch, der uns den Blick in die Zukunft trübt, denn wir sehen mit schwerem Herzen, daß das unpolitische Wesen unsers Volks, das unsre nationale Entwicklung gehemmt und vielfach unheilbar verdorben hat, heute noch ebenso stark ist wie vor Jahrhunderten. \*



## Zur Entwicklungsgeschichte der absoluten Monarchie in Rußland



ein Zeitraum hat in der Geschichte des modernen Rußlands so tiefe Spuren hinterlassen wie die Regierung Alexanders II. Keine ist aber auch so reich an äußern Mißerfolgen gewesen, die das freiheitliche Programm des wohlmeinenden Monarchen scheinbar bis in seine letzten Konsequenzen widerlegten. Die größte innere Reform, die Aufhebung der Leibeigenschaft, war von dem Niedergange des Adels begleitet, während der Bauernstand unter dem Zeichen der Freiheit zu